

Staatssicherheit

der

DDR

Lexipool



Der Einfluss des MfS auf den Naumburger Brief von 1980/1981

Vortrag, gehalten auf der Arbeitstagung „Einflussversuche des MfS auf das Katechetische Oberseminar Naumburg“ vom 8. bis 9. Juli 2011 in Naumburg, Fassung vom 28. Juni 2011

Christian Sachse, Berlin

Einleitung

Zum besseren Verständnis ist zunächst vorzuschicken, dass es zwei „Naumburger Briefe“ von Studenten des Katechetischen Oberseminars gab, von denen nur der erste unter dieser Bezeichnung in die Literatur eingegangen ist. Der erste „Naumburger Brief“ stammt vom 4. Mai 1978 und beschäftigte sich mit der Einführung des Unterrichtsfaches „Sozialistische Wehrerziehung“ an den Polytechnischen Oberschulen in der DDR. Dieser Aufruf gilt heute als Beginn des Protestes gegen die Wehrerziehung in der DDR. Er wurde im damaligen Deutschlandfunk verlesen und erlangte dadurch eine weite Verbreitung. Im Jahr 1982 wurde er nochmals von Wolfgang Büscher und Peter Wensierski veröffentlicht.¹ Durch einen weiteren Abdruck im gleichen Jahr durch den Rohwohlt Verlag wurde der Aufruf einem größeren Publikum im Westen bekannt.² Der Brief war als Offener Brief gekennzeichnet und unterschrieben von Dorothea Höck, Christian Sachse und Johannes Toasperm. Anders als bei dem zweiten Brief waren die Verfasser also bekannt, auch im Westen. Dies bedeutete einen nicht unerheblichen Schutz, zumal sich öffentliche Proteste aus dem Westen auf diesen Brief bezogen. Auch in diesem Fall hat die Staatssicherheit ermittelt.³ Anders als bei dem zweiten Brief griff sie allerdings in Naumburg nicht ein.

Vom 15. Januar 1981 stammt ein zweiter Brief von Studenten des Katechetischen Oberseminars Naumburg zur Friedensfrage.⁴ Er war adressiert an die Kirchenleitung des Kirchenprovinz Sachsen und an die Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen in der DDR. Um diesen Brief soll es im folgenden gehen.

Historischer Kontext

Der Brief entstand Anfang Dezember 1980, also in der Zeit der Debatte um die Installation von neuen Mittelstreckenraketen in Europa. Heute ist kaum noch umstritten, dass es sich um eine sehr instabile und gefährliche Phase des Kalten Krieges handelte, die Aktivitäten herausforderte. Die aktuelle Situation wirkte bedrohlich: Seit einem Jahr befanden sich

¹ Höck, Dorothea; Sachse, Christian; Toasperm, Johannes: Wehrkundeunterricht - ein bedrohliches Zeichen. Offener Brief des Mitarbeiterkreises der ESG Naumburg vom 4. 5. 1978. Quelle: Archiv Christian Sachse db92. In: Wensierski, Peter; Büscher, Wolfgang; Wolschner, Klaus [Hrsg.]: Friedensbewegung in der DDR. Texte 1978-1982. Scandica-Verlag, Hattingen 1982, S. 64 ff.

² Ehring, Klaus; Dallwitz, Martin: Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR. Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH, Reinbek 1982, S. 163.

³ Vgl. beispielsweise: Information der BV für Staatssicherheit Karl Marx Stadt vom 14. Juni 1978. In: BStU MfS HA XX/4 Nr. 3467.

⁴ Brief von Studenten des Katechetischen Oberseminars Naumburg vom 15. Januar 1981 an die Evangelische Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen. Abschrift in: Operative Information der Abteilung XX der BV Halle der Staatssicherheit vom 20. Mai 1981 zum OV „Seminarist“ Reg. Nr. VIII/125/79 (Archiv Sachse, Ordner OV „Seminarist“).

sowjetische Truppen in Afghanistan. Im September 1980 fand auf dem Gebiet der DDR das sogenannte Manöver Waffenbrüderschaft 80 statt, das als größtes Manöver des Ostblockes in die Geschichte einging. Es diente erkennbar als Drohkulisse gegen das politisch instabile Polen. Im gleichen Zeitraum hatte die SED-Führung in Erwartung von Protesten die restriktiven Regelungen der Veranstaltungsverordnung verschärft. Innerhalb der evangelischen Kirchen war der Unmut darüber gewachsen, dass die Kirchenleitungen sich dem Staat zu stark angenähert hatten. Um diese Frage herum gruppierten sich im Laufe des Jahres 1980 innerkirchliche Allianzen, die die anstehende Nachfolge von Albrecht Schönherr als Bischof und Vorsitzenden der Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen beeinflussen wollten. Für die allgemeine Stimmung in den evangelischen Kirchenleitungen mag ein Vorstoß der Bischöfe Heinrich Rathke und Werner Krusche sowie des Präsidenten des Sächsischen Landeskirchenamtes Kurt Domsch stehen, mit einem Brief an Erich Honecker gegen die Behinderungen der kirchlichen Presse und des geplanten Friedensgottesdienstes am Buß- und Betttag zu protestieren. Das Ansinnen – so heißt es in den Akten des MfS – sei durch Bischof Schönherr sowie die kirchenleitenden Mitarbeiter Kramer, Plath, Mitzenheim und Stolpe abgelehnt worden.⁵

Einen unmittelbaren, ereignisbezogenen Anlass gab es für diesen Brief anscheinend nicht. Er lässt sich aber ohne weiteres in die friedenspolitischen Aktivitäten dieses Jahres innerhalb der evangelischen Kirchen einordnen: Im Juni 1980 wurde der Leiter des Königswalder Friedensseminars Hansjörg Weigel verhaftet und wegen staatsfeindlicher Hetze angeklagt.⁶

Im September 1980 erschien das Rahmenkonzept „Erziehung zum Frieden“.⁷ Die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen betonte wohl erstmals den Zusammenhang zwischen Außen- und Innenpolitik in der Friedensfrage: „Frieden zwischen Staaten und Frieden in einer Gesellschaft stehen miteinander in Beziehung.“⁸ Diese Formel forderte zur Kritik der Militarisierung der DDR-Gesellschaft auf. Im November 1980 fand die erste DDR-weite Friedensdekade statt. Erinnerung sei an einen Versuch öffentlicher Wirksamkeit der Kirchen, der für erhebliche Verstimmung zwischen Staat und Kirche sorgte: An jedem Mittwoch, an dem gegen 13 Uhr die Sirenen getestet wurden, sollten parallel die Glocken geläutet werden.

Die Idee, sich als Christen und Mitglieder der evangelischen Kirche öffentlich zu den anstehenden Problemen zu äußern, lag also durchaus in der Luft. Sie stammt aus einem kleinen Arbeitskreis von Studenten des KOS, der in unterschiedlichen Themenbereichen aktiv war. Über die Mitglieder dieser Gruppe habe ich bisher keine Unterlagen gefunden. Erinnerunglich sind mir Wolfgang und Jutta Stengel, Hans-Michael Hanert, Christian Sachse, Dorothea Merker und Joachim Goertz. Bereits im Februar 1980 haben wir in der Naumburger Wenzelskirche einen Gottesdienst gehalten, in dem symbolisch die Waage des Schreckensgleichgewichtes zerbrochen wurde. Erinnerunglich ist mir die Ausstellung von Hans-Michael Hanert zur atomaren Bewaffnung in Europa, die auf den Jahrbüchern des schwedischen Friedensforschungsinstitutes SIPRI beruhte. Beschäftigt haben wir uns mit

⁵ Information des MfS, Abt. XX/4 über die außerordentliche Tagung der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR am 23. Oktober 1980 in Berlin. Quelle: Sammlung Kubina, Ordner Pl 1980.

⁶ Brief des Generalstaatsanwaltes der DDR vom 2. Juni 1980 an das ZK der SED, Arbeitsgruppe Kirchenfragen, die Verhaftung von Hansjörg Weigel betreffend. In: BArch SAPMO DY 30/IV/14/54.

⁷ Erziehung zum Frieden, Rahmenkonzept. Hrsg.: Ad-hoc-Gruppe „Friedenserziehung“ im Sekretariat des Bundes evangelischen Kirchen in der DDR, Zirkular, Berlin 17. September 1980.

⁸ Information über die 4. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 19. bis 23. September 1980 in Leipzig [Entwurf vom 25. September 1980]. In: BArch SAPMO DY 30/IV B 2/14/88, S. 65-77.

SALT I und II sowie dem ABM-Vertrag.⁹ Vorgelegen hat uns nach meinen Unterlagen der Bericht der medizinischen Arbeitsgruppe der Pugwash-Konferenz im August 1980 in den Niederlanden, ebenso wie die Presseinformation der Synode der Nederlandse Hervormde Kerk zur Frage der atomaren Bewaffnung vom November 1980. Beschäftigt haben wir uns mit Kruschs Vortrag 1977 in Westberlin über die Rolle der Kirchen für die Zukunft Europas. Dies nur als Beispiele dafür, dass es sich keineswegs – wie laut Stasi-Akten teils von kirchlicher Seite immer wieder behauptet – um eine unüberlegte Aktion von geltungssüchtigen Studenten handelte. Im Gegenteil: Für Studenten mitten in der tiefsten DDR-Provinz (also doppelt isoliert) waren wir auch aus heutiger Sicht ungewöhnlich gut informiert. Ein persönliches Motiv hatte zumindest ich, möglicherweise auch Hans-Michael Hanert, tatsächlich: Da ich das KOS verließ, wollte ich noch etwas Bleibendes schaffen, das zur Weiterarbeit ermutigte.

Inhalt und Struktur

Inhalt und Struktur des Briefes sollen im folgenden kurz erläutert werden.

Der Brief der Naumburger Studenten war angelegt als ein öffentlicher Appell oder Manifest einer zukünftigen Friedensbewegung in der DDR.¹⁰ Dazu steht natürlich der einzige Adressat, die Kirchenleitung, in einem merkwürdigen Missverhältnis, das erklärt werden muss.

Das Schreiben besteht im wesentlichen aus drei Abschnitten, die erkennbar von unterschiedlichen Verfassern geschrieben worden sind, jedoch aus einer gemeinsamen theologischen Perspektive sprechen. Die Absicht der Gliederung erklärt sich aus dem Satz, der jedem Abschnitt vorangestellt ist: „Jeden Einzelnen, jede Institution, jede Regierung wissen wir vor Gott für die Zunahme friedensgefährdender Spannungen verantwortlich.“ Aus ihm leitet sich die Dreigliederung in die individuelle, die gesellschaftliche und die staatliche Ebene ab, denen bestimmte Aufgaben zugewiesen werden. Diese Dreigliederung, die übrigens später in das Grundkonzept des Arbeitskreises Solidarische Kirche übernommen wurde, sollte der damals schon erkennbaren und sich später besonders im Bund der evangelischen Kirchen verstärkenden Individualisierung des Friedensengagements entgegenwirken.

Der erste Teil enthält eine Standortbestimmung in 8 Punkten, die zugleich als Selbstverpflichtung einer Gruppe zu verstehen ist. Die zentrale Aussage findet sich in der Formulierung: „Wir wollen nicht mehr durch die Vernichtungsmaschinerie des Schreckensgleichgewichtes ‚geschützt‘ werden.“ In einem zweiten Teil werden exemplarisch friedenspolitische Aufgaben der Kirchen in der Gesellschaft aufgezählt, die zwangsläufig in Konflikte mit der SED-Diktatur führen mussten. Das Verständnis von Kirche folgt Dietrich Bonhoeffer: „Es kann nicht Aufgabe der Kirche sein, ihre Existenz zu sichern, sondern im alleinigen Vertrauen auf den lebendigen Gott der Welt Zeugnis von ihm zu geben.“ Den Schwerpunkt der kirchlichen Aktivitäten in Friedensfragen sahen die Verfasser nicht in kirchenleitenden Verlautbarungen oder Protesten gegenüber dem Staat, sondern in einer Integration dieser Fragen in die Gemeindegarbeit und Verkündigung. Der dritte Teil, der sich an die staatliche Ebene wendet, formuliert ausschließlich innenpolitische Forderungen. Gefordert wird eine umfassende Entmilitarisierung der gesellschaftlichen Strukturen in der DDR. Beginnen sollte sie mit einer öffentlichen Diskussion: „Die Dringlichkeit der

⁹ Zwei wesentliche politische Prozesse der Abrüstung in den 1970er und 1980er Jahren (SALT = Strategic Arms Limitation Talks; ABM = Anti-Ballistic-Missiles).

¹⁰ Offener Brief der Studentenschaft des Katechetischen Oberseminars Naumburg vom 16. Dezember 1980 zur Friedensfrage. In: Archiv Christian Sachse db6810.

Friedenserziehung erfordert, dass in unserem Land eine offene Diskussion über Fragen des Friedens stattfinden kann.“

Rechtliche Bewertung des MfS

Für heutige Ohren klingt dieser Brief möglicherweise harmlos. Aus diesem Grunde soll die strafrechtliche Einschätzung des MfS vorangestellt werden.¹¹ Das fünfseitige Gutachten endet mit folgendem Resümee: „Zusammenfassend wird eingeschätzt, mit dieser Schrift werden die im einzelnen aufgeführten verfassungsmäßigen Grundlagen der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung angegriffen und gegen sie aufgewiegelt. Es wird aufgefordert, Widerstand aktiv bzw. passiv gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung insbesondere gegen die die Verteidigung des Sozialismus betreffenden verfassungsmäßigen Grundlagen zu leisten. Mit der Herstellung und Verbreitung dieses Pamphlets ist der Tatbestand des § 106 Abs. 1, Ziffer 1 und 4 StGB erfüllt.“ Nach Paragraph 106 „Staatsfeindliche Hetze“ in der Fassung von 1979 wurde bei Aufforderung „Widerstand gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung zu leisten“, eine Freiheitsstrafe von einem bis zu acht Jahren angedroht. Der später oft in solchen Fällen herangezogene Paragraph 220 „Öffentliche Herabwürdigung“ des StGB, der etwas mildere Strafen vorsah, wurde nicht einmal in Erwägung gezogen. Eine Einstufung nach Paragraph 106 StGB im Raum der Kirche aktivierte die komplette Linie XX/4 von den Kreisleitungen bis zum Ministerium für Staatssicherheit. Es wäre im Falle der Veröffentlichung tatsächlich zu schweren Konflikten zwischen Staat und Kirche gekommen, die etwa vergleichbar sind mit dem Berliner Appell von Rainer Eppelmann. Dies wird in der folgenden Darstellung zu berücksichtigen sein. Für die Autoren war übrigens ihre Zugehörigkeit zum KOS der einzige Schutz vor einer drohenden Verhaftung. Welche Konsequenzen die Staatssicherheit zog, wenn dieser Schutz leichtfertig oder vorsätzlich entzogen wurde, lehrt der Fall Rochau. Dass dieser Schutz einiges bewirkte, zeigt der Fall Hans Jörg Weigel.

Das MfS und der Brief

Im Hinblick auf den Einfluss der Staatssicherheit auf die Ereignisse um diesen Brief ist zunächst zu sagen, dass dieser Vorgang bisher nicht historisch erforscht worden ist. Die Quellen, die der folgenden Darstellung zugrunde liegen, basieren auf den personenbezogenen Recherchen der BStU zu Christian Sachse, Hans-Michael Hanert und Dorothea Hoeck. Diese personenbezogenen Recherchen unterscheiden sich in erheblichem Maße von vorgangsbezogenen Recherchen. Sie sind also keineswegs vollständig. Einige „wilde Kopien“, die mir im Laufe meines Berufslebens zugetragen wurden, die aber oft keine eindeutige Quellenbezeichnung mehr tragen, habe ich unberücksichtigt gelassen. Im folgenden Text verzichte ich auf Einzelbelege.¹²

Der kleine Arbeitskreis, von dem die Aktion ausging, erscheint zu keiner Zeit im Kalkül der Staatssicherheit. Erst mit der Bekanntgabe des Briefes beginnen die Aktivitäten. Aufmerksam wurde die Kreisdienststelle am 18. Dezember 1980 durch eine gezielte Denunziation von IM „Helmut Albrecht“.¹³ Der IM berichtete speziell zur Person Hans-Michael Hanert, genannt Dino. Er berichtete über Hanerts Versuch, den Entwurf des Briefes von der Sekretärin des

¹¹ Strafrechtliche Einschätzung des Briefes in der Fassung vom 16. Dezember 1980 durch die Abteilung IX der BV Halle des MfS vom 15. Januar 1981. Tagebuch-Nr. MfS/Ha 266/81.

¹² Diese Belege sind sämtlich dem Ordner OV „Seminarist“, Archiv Sachse entnommen.

¹³ Information von IM „Helmut Albrecht“ zu Hanert (Dino) vom 18. Dezember 1980 (Abschrift des MfS vom 2. Januar 1981).

KOS vervielfältigen zu lassen. Rektor Ingo Klaer habe den Brief zufällig zu lesen bekommen und daraufhin die Sekretärin scharf getadelt. Der IM schaltete sich vermittelnd in den Konflikt ein, um auf diese Weise Kenntnis über den Inhalt des Briefes zu erlangen. Er teilte dem MfS weiterhin mit, dass Klaer seine Vorwürfe über die unerlaubte Vervielfältigung in der Vollversammlung der Studentenschaft wiederholte und den Brief als „gefährlich für das KOS“ bezeichnete. Des weiteren berichtete der IM über eine Ausstellung, die Hans-Michael Hanert zu Fragen der Abrüstung am gleichen Tag in der Studentengemeinde eröffnete.

Der IM bemühte sich in eigener Initiative sofort darum, ein Exemplar des Offenen Briefes zu erhalten, was ihm am 19. Dezember 1980 gelang.¹⁴ Er fertigte in der Nacht zum 20. Dezember eine Abschrift an. Bei der Rückgabe des Originals an Hanert verwickelte er ihn in ein Gespräch, um Einzelheiten zu erfahren. Dem MfS teilte er daraufhin mit, dass neben Hanert auch Christian Sachse, Dorothea Merker und Joachim Goertz zu den Autoren zählten. Er berichtete weiter, dass es am 16. Dezember während der Vollversammlung zu harten Auseinandersetzungen unter der Studentenschaft gekommen sei. Martin König habe sich in dem Streit besonders exponiert. Der IM wies darauf hin, dass der Offene Brief im Januar erneut auf die Tagesordnung der Vollversammlung gesetzt würde.

Die Kreisdienststelle Naumburg des MfS meldete den Vorfall nach dem Wochenende vermutlich zweimal an den Bezirk. Eine erste Meldung am 23. Dezember, enthielt wahrscheinlich nur den Brief und einige allgemeine Informationen.¹⁵ Die zweite Meldung an den Bezirk stammt vom am 24. Dezember.¹⁶ Sie basiert auf den ersten Informationen des IM „Helmut Albrecht“ und weiteren Informationen von unbekannter Seite. Als Verfasser des Offenen Briefes wird nun summarisch die Arbeitsgruppe „Frieden“ der Evangelischen Studentengemeinde Naumburg genannt. Von Hans-Michael Hanert wird nur noch berichtet, er habe die Vervielfältigung des Briefes veranlasst. Vermutet wird eine Verbindung zu Joachim Goertz, der bereits im Operativen Vorgang „Seminarist“ erfasst sei. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Frieden“ würden derzeit ermittelt und operative Personenkontrollen (OPK) eingeleitet.¹⁷

Die Bezirksverwaltung meldete den Vorfall ebenfalls 24. Dezember an die Hauptabteilung XX/4, die für Kirchenfragen zuständig war. Weiterhin wurden informiert: Der 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED, Werner Felfe, die Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) des MfS und der Stellvertreter operativ der Bezirksverwaltung des MfS, Oberst Wolff. Basis dieser Meldung ist freilich eine Information der Kreisdienststelle vom 23. Dezember, nicht die wesentlich präzisere vom gleichen Tag. Nun heißt es nur noch summarisch: Die Namen der Verfasser hätten noch nicht ermittelt werden können. Folgerichtig wurde der Kreisdienststelle der Auftrag erteilt, die Autoren zu ermitteln. Es seien Möglichkeiten herauszufinden, auf welche Weise eine Veröffentlichung des Briefes zu verhindern sei. Über den Rektor, Ingo Klaer, wird mitgeteilt, er nehme „eine ablehnende Haltung“ zu diesem Brief ein.¹⁸ Eine vermutlich für die Bezirksleitung des SED (vermutlich Werner Felfe) bestimmte persönliche

¹⁴ IM „Helmut Albrecht“: Bericht vom 5. Januar 1981.

¹⁵ Diese Meldung wurde bisher nicht gefunden. Da sich aber die BV Halle darauf bezieht, dürfte sie existieren.

¹⁶ Kreisdienststelle des MfS Naumburg: Information zum Katechetischen Oberseminar Naumburg vom 24. Dezember 1980.

¹⁷ Der OV „Seminarist“ (Reg.-Nr. VIII/125/79) wurde am 16. Januar 1979 angelegt.

¹⁸ Operative Information der BV Halle vom 24. Dezember 1980.

Information vom 29. Dezember zeigt, dass sich über Weihnachten am Sachstand nichts geändert hatte.¹⁹

Anfang Januar 1981 ist das Bemühen der Kreisdienststelle zu verspüren, Ordnung in die bisher chaotisch verlaufende Kommunikation zu bringen. Vom 2. Januar 1981 stammt eine Abschrift des ersten Berichtes von IM „Helmut Albrecht“. Am 5. Januar wurde das Protokoll eines weiteren Berichtes von IM „Helmut Albrecht“ mit einer Zusammenfassung der Ereignisse angefertigt. In diesem Zusammenhang riet der IM von „offensiven Zersetzungsmaßnahmen“ ab, da er eine Enttarnung fürchtete.

Am 6. Januar stimmten sich die Kreisdienststelle Naumburg und die Bezirksverwaltung Halle hinsichtlich des weiteren Vorgehens ab. Welche Informationen bei dieser Zusammenkunft zur Verfügung standen, wird aus dem Aktenvermerk nicht deutlich.²⁰ Die bisher gefertigten Schriftsätze wurden anscheinend nicht vollständig berücksichtigt. So wurde beschlossen, einen neuen Operativen Vorgang anzulegen, in dem Hans-Michael Hanert und Christian Sachse zwecks Nachweis einer Straftat nach Paragraph 106 StGB (Staatsfeindliche Hetze) bearbeitet werden sollten. Dorothea Merker und Joachim Goertz, die bereits ebenfalls aktenkundig waren, blieben unberücksichtigt. Wie bereits am 5. Januar wurden „offensive Zersetzungsmaßnahmen“ für unzumutbar erachtet, um den IM „Helmut Albrecht“ nicht zu gefährden. Als weitere Maßnahmen wurden beschlossen:

- Rektor Ingo Klaer, der sich bereits gegen den Brief ausgesprochen habe, und dabei die „volle Unterstützung des Dozentenkollegiums besitzt“, sollte durch den Mitarbeiter für Kirchenfragen des Rates des Bezirkes unter Druck gesetzt werden, die Absendung des Briefes zu verhindern.
- Vorgesehen war eine Telefonüberwachung des Naumburger Anschlusses 3038, also des KOS.
- Die Abteilung IX (Ermittlungen) wurde beauftragt, ein juristisches Gutachten zum Brief zu erarbeiten.

Zu diesem Maßnahmenplan sind Anmerkungen nötig: Es bleibt unklar, wie das MfS zu der Bewertung kam, dass Klaer tatsächlich so vorbehaltlos vom Dozentenkollegium unterstützt wurde. Unverständlich ist auch die Eingrenzung des Verfasserkreises auf zwei Personen. Der Rekurs auf den § 106 erfolgte keineswegs routinemäßig. Darauf deutet, dass zu diesem frühen Zeitpunkt ein juristisches Gutachten eingeholt werden sollte. Es ging also dem MfS um mehr als nur eine drohende Gebärde.

Entgegen der Absprache vom 6. Januar 1981 – so eine Information vom 8. Januar – wurde kein neuer Operativer Vorgang angelegt.²¹ Die Bearbeitung erfolgte nun im Rahmen des OV „Seminarist“. Ausschlaggebend dürfte gewesen sein, dass nunmehr Joachim Goertz wieder unter die Autoren gezählt wurde. Als zu bearbeitende Personen galten nun wieder neben Goertz: Hanert, Sachse und Merker. Auch in der Bewertung der Haltung Klaers ist eine leichte Verschiebung zu bemerken. Nun heißt es, der Rektor und das Dozentenkollegium hätten eine ablehnende Haltung zu dem Offenen Brief eingenommen, weil sie um den „Ruf

¹⁹ BV Halle des MfS: Aktivitäten von Seminaristen des Katechetischen Oberseminars Naumburg vom 29. Dezember 1980.

²⁰ Aktenvermerk über eine Zusammenkunft von Vertretern der BV des MfS Halle und der KD Naumburg am 6. Januar 1981.

²¹ Operativ-Information der Bezirksverwaltung des MfS Halle zu einem Vorkommnis am Katechetischen Oberseminar Naumburg vom 8. Januar 1981.

des KOS als Institution“ fürchteten. Inhaltliche Bewertungen wurden also ausgeklammert. Die weiteren Pläne der Verfasser des Briefes werden korrekt geschildert. Die Verfasser waren dabei, den Brief noch einmal zu überarbeiten, um besonders kritische Stellen zu eliminieren und einen Anschluss an kirchenpolitisch anerkannte Formeln zu schaffen. Für den 13. Januar war eine Vollversammlung der Studenten vorgesehen, auf der der Brief verabschiedet werden sollte. Das MfS vermutete darüber hinaus, dass bereits einige Exemplare des Briefes in den Studentengemeinden von Jena, Merseburg und Leipzig verteilt worden seien. Die entsprechenden Kreisdienststellen des MfS wurden mit Recherchen beauftragt. Der Plan, Rektor Klaer unter Druck zu setzen, wurde nicht wiederholt. Er wurde dennoch umgesetzt.

Am 9. Januar 1981 wurde Rektor Klaer telefonisch eine Vorladung zu einem Gespräch mit dem Sektorenleiter für Kirchenfragen, Genossen Voigt, beim Rat des Bezirkes Halle für den 12. Januar 14 Uhr übermittelt. Übermittler war IM in Schlüsselposition „Bernhard Schmidt“ beim Rat des Kreises Naumburg. Bei diesem Gespräch sollte Voigt den Rektor dazu veranlassen, sowohl eine Beschlussfassung als auch einen Versand des Briefes zu unterbinden. Um den IM „Helmut Albrecht“ nicht zu gefährden, wurde die Legende ersonnen, der Brief sei bereits in Greifswald aufgetaucht.²²

Klaer sagte laut Bericht bei dem Gespräch am 12. Januar in Halle zu, eine Beschlussfassung über den Brief und dessen Verbreitung zu verhindern. Er vermied es im Gespräch, so wird registriert, die Namen der Autoren zu nennen und charakterisierte sie als unpolitische Studenten, „die eventuell eine Kraftprobe mit jüngeren Seminaristen ausfechten wollen.“²³ Klaer habe zugesagt, über den Ausgang der Vollversammlung zu berichten.

In einem Sachstandsbericht vom 13. Januar, der nunmehr dem OV „Seminarist“ zugeordnet wurde, wurde mitgeteilt, dass wiederum abweichend von den ursprünglichen Plänen nur Sachse und Hanert für den Operativen Vorgang „Seminarist“ indexiert (registriert) wurden. Goertz war bereits registriert, Merker fiel aus unbekanntem Gründen wieder heraus, obwohl sie im gleichen Schreiben als Autorin genannt wurde. Der Bericht wurde offensichtlich geschrieben, ohne den Ausgang der Vollversammlung abzuwarten. Man ging davon aus, dass die von Klaer gegebenen Verhaltensmaßregeln von Erfolg gekrönt würden. Die beschlossenen Maßnahmen beschäftigten sich bereits mit der „Nachsorge“: Es seien Informationen über die Reaktionen von Studenten und Dozenten einzuholen. Klaer und Mitarbeiter des Magdeburger Konsistoriums seien weiter zu beeinflussen, um die „feindlich-negative Gruppierung“ am KOS weiter zu verunsichern und zu zersetzen. Ein weiterer Sachstandsbericht wurde für den 10. April geplant – ein weiteres Indiz dafür, dass das MfS die Sache für abgeschlossen hielt.²⁴

In diesem Sinne sah ein Operativplan vor allem Informationsbeschaffung über die Akteure durch die IM „Helmut Albrecht“ und IMS „Horst“ vor. IM „Helmut Albrecht“ sollte Informationen aus dem KOS beschaffen, IM „Horst“ aus der Studentengemeinde Naumburg. GMS „Moos“ sollte einen nicht genauer definierten Einfluss auf den Rektor und die Dozenten ausüben. Für Sachse, Hanert und eine dritte, in den Akten geschwärzte Person, wurde die Postüberwachung angeordnet (M-Kontrolle). Eine weitere, weibliche Person (geschwärzt) sollte in die Indexierung einbezogen werden.²⁵

²² Sachstandsbericht zum OV „Seminarist“ vom 13. Januar 1981.

²³ Ebenda.

²⁴ Ebenda.

²⁵ Operativplan zum OV „Seminarist“ vom 13. Januar 1981.

In einer Information an den 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED Halle vom 14. Januar wurden die Ereignisse noch einmal zusammengefasst. Hier zeigt sich eine weitere Verschiebung in der Bewertung der Auffassungen Klaers hinsichtlich des Briefes. Nun hieß es: „Der Rektor leugnet zwar die Gesellschaftsgefährlichkeit der inhaltlichen Aussage, distanziert sich aber von der ‚Art und Weise‘ des Vorgehens der Seminaristen.“ Klaer habe zugesagt, eine Verbreitung des Briefes „sowie einen Missbrauch durch westliche Massenmedien“ zu verhindern. „Vorhandene Positionen“, d.h. personelle Einflussmöglichkeiten, seien genutzt worden, um Propst Bronisch zu einem Eingreifen zu bewegen. Schließlich sei der Staatssekretär für Kirchenfragen von dem Vorgang in Kenntnis gesetzt worden. Nach diesem Bericht hatte Klaer die beiden studentischen Vertreter Christian Fuhrmann und Dorothea Hamel von seinem Vorhaben vorab informiert und die Zusammenkunft der Studenten zum Offenen Brief abgesagt. Die Zusammenkunft der Studenten fand am Nachmittag statt. Unter den Teilnehmern waren Dozenten und Propst Bronisch, sowie 40 Studenten. Der Verlauf der Versammlung erweckt den Eindruck, als habe Klaer gemäß seiner Zusage beim Rat des Bezirkes gehandelt. Er habe jedoch um weitere Konflikte zu vermeiden, einen Kompromiss machen müssen. Der Brief würde nun doch an die Kirchenleitung weitergeleitet und ein Gespräch angestrebt.²⁶

Grundsätzlich ist diese Aussage richtig. Der Kompromiss wurde freilich nicht während der Versammlung ausgehandelt, sondern am Abend davor in der Wohnung von Wolfgang und Jutta Stengel. Am 12. Januar nachmittags war es unter Dozenten am KOS zu lautstarken Debatten gekommen, deren Ergebnis der Autorengruppe diffus zur Kenntnis kam. Einer der Dozenten forderte die Exmatrikulation der Autoren. Rektor Klaer suchte darauf hin die Gruppe der Autoren auf und teilte ihnen ein Ultimatum mit: Entweder sie zögen noch heute den Brief zurück oder sie würden exmatrikuliert. Dies kam – nebenbei – einer Freigabe zur Verhaftung gleich. In einem sehr erregten Wortwechsel, bei dem sich beide Seiten gegenseitig zunächst Erpressung vorwarfen, einigte man sich auf einen Kompromiss: Die Unterschriftensammlung würde nicht stattfinden, der Brief jedoch persönlich von Klaer an die Magdeburger Kirchenleitung – und nur dorthin – weitergegeben. Im Gegensatz zu späteren Jahren (1987 und folgende) war dies auch aus heutiger Sicht (für mich/C.S.) ein durchaus vertretbarer Kompromiss, bei dem beide Seiten ihr Gesicht wahren konnten.²⁷

In einem Bericht der Hauptabteilung XX an den stellvertretenden Minister für Staatssicherheit, Rudi Mittig, wurden weitere flankierende Maßnahmen genannt. Neben den Gesprächen vom 12. und 14. Januar mit Ingo Klaer habe es am 21. Januar ein weiteres Gespräch zwischen dem Sektorenleiter für Kirchenfragen Voigt und Oberkirchenrat Schulze (sic.) gegeben. Diese sowie inoffizielle Maßnahmen hätten zu erheblichen innerkirchlichen Auseinandersetzungen am KOS und in der Kirchenleitung geführt. Art und Inhalte werden nicht mitgeteilt. Sie lassen aber den Rückschluss zu, dass die Gruppe der Verfasser des Briefes nicht nur Gegner in den Gremien hatte. Johannes Hamel, so der Bericht weiter, habe den Brief zur „größten politischen Dummheit seit Bestehen des Katechetischen Oberseminars“ erklärt. Oberkirchenrat Konrad von Rabenau habe sich in der Magdeburger Kirchenleitung gegen „derartige Aktionen“ ausgesprochen. Zur Sitzung der Kirchenleitung am 16. und 17. Januar 1980 habe eine Abstimmung über das weitere Vorgehen im KOS stattgefunden. Die dabei getroffenen Verabredungen entsprechen genau dem in Naumburg bereits geschlossenen Kompromiss. Wichtig für die historische Bewertung ist die Feststellung in diesem Bericht, dass „die eingeleiteten operativen Maßnahmen nicht als vom MfS ausgehend erkannt wurden.“ Mit anderen Worten: Klaer dürfte nicht bewusst gewesen sein,

²⁶ Zur persönlichen Information des Genossen Felfe vom 14. Januar 1981.

²⁷ Nach meinen Erinnerungen.

dass er über Voigt indirekt mit der Staatssicherheit verhandelte. Jeweils eine Kopie des Berichtes wurde in der Akte des IMS-Vorlauf „Adel“ und IME „Albrecht“ abgelegt. Zu den weiteren Maßnahmen gehörten:

- IM-Kandidat „Adel“ sollte seinen Einfluss im Kuratorium des KOS nutzen, um eine eventuell doch noch beabsichtigte Verbreitung des Briefes zu verhindern.
- IMS „Brunhilde“²⁸ sollte gleiche Aktivitäten im Raum der Evangelischen Studentengemeinden entfalten. Ein Augenmerk sollte sie auf Christian Sachse legen, der zu dieser Zeit Mitglied des evangelischen Studentengemeinderates war.
- Der Staatssekretär für Kirchenfragen wurde beauftragt, das Vorkommnis in seinen Gesprächen mit Mitgliedern der kirchenleitenden Gremien zu thematisieren.²⁹

Am 10. Februar fand das Gespräch zwischen der Magdeburger Kirchenleitung und Studenten über den Brief statt. GMS „Peter Moos“ versuchte am 11. Februar darüber Informationen von Ingo Klaer zu erhalten. Klaer stellte sich jedoch nun auf den Standpunkt, dass es sich um eine innerkirchliche Angelegenheit handle und versagte jegliche Auskünfte. Darüber hinaus äußerte er sein Unverständnis am Interesse des Staates. Derartige Fragen würden doch regelmäßig zwischen Kirche und Staat behandelt.³⁰ Auch IM „Horst“ konnte keine substantziellen Aussagen über den Verlauf der Diskussion machen. Da er kein Student war, durfte er an der Versammlung nicht teilnehmen.³¹

Ein kurzer Bericht stammt von IM „Helmut Albrecht“. Er zählte eine Reihe von kirchenleitenden Teilnehmern an der Diskussion auf. Nach seinem Bericht, hatten die kirchenleitenden Vertreter behauptet, die Gruppe der Verfasser habe den „Frieden zwischen Staat und Kirche“ gefährdet. Oberkirchenrat Detlef Hammer habe behauptet, „ein Vertreter des Staates habe der Kirchenleitung den Vorwurf gemacht, die jetzigen Aktivitäten der Redaktionsgruppe seien Beweis dafür, dass das KOS Naumburg ein Sammelbecken konterrevolutionärer Elemente sei.“ IM „Helmut Albrecht“ war nicht anwesend. Er schöpfte eine Person ab, deren Name in den herausgegebenen Kopien der BSU geschwärzt ist. Der IM gab die Meinung weiter, die Mitglieder der Redaktionsgruppe würden ihre politischen Aktivitäten in irgend einer Weise fortsetzen.³²

Am 6. März gab IM „Helmut Albrecht“ eine Aktennotiz an die Staatssicherheit weiter, in der ein Dozent des KOS die persönliche Übergabe des Briefes an die Magdeburger Kirchenleitung schildert. Bei dieser Gelegenheit habe er von Oberkirchenrat Harald Schulz erfahren, dass dieser in der Frage des Briefes zu einem Gespräch beim Rat des Bezirkes (Halle?) geladen sei. Vertreter des Staatssekretärs für Kirchenfragen hätten „beim Bund“ in dieser Sache vorgesprochen. Beim Staatssekretariat war – wenn die Informationen stimmen – bereits von einem „Manifest“ die Rede, an dem in Naumburg gearbeitet worden sei. In der Anlage übergab IM „Helmut Albrecht“ auch das Anschreiben Klaers, das er dem Brief beigelegt hatte. In diesem Anschreiben Klaers klingt durchaus so etwas wie Sympathie für die Verfasser mit: „Hinter diesem Brief steht ein persönlicher Einsatz der Verfasser, der

²⁸ IM „Brunhilde“ wird in mehreren MfS-Dokumenten als IM in Schlüsselposition genannt. Vgl. beispielsweise: Konzeption zur schwerpunktmäßigen politisch-operativen Bekämpfung des politischen Mißbrauchs kirchlicher Veranstaltungen vom 16. Oktober 1981 [Entwurf] In: MfS HA XX/4 Nr. 3303, S. 7-9.

²⁹ Information der HA XX des MfS zum Offenen Brief vom 30. Januar 1980.

³⁰ GMS „Peter Moos“: Bericht vom 11. Februar 1981 über ein Gespräch mit dem Rektor Ingo Klaer.

³¹ IM „Horst“: Information zur ESG am 10. Februar 1980.

³² IM „Helmut Albrecht“: Information zum Offenen Brief vom 12. Februar 1981.

besonders in seinem ersten Teil und seinen Verzichtserklärungen zum Ausdruck kommen soll.“ Ein weiterer Bericht des IM folgt am 26. März.³³

Am 31. März ermittelte das MfS gegen Hans-Michael Hanert im Rahmen des Operativen Vorgangs „Boycott“. IM „Helmut Albrecht“ erhielt den Auftrag, Geruchsspuren von Hanert zu beschaffen. Weitere Zwischenberichte zum OV „Seminarist“ folgten.

Am 20. Mai wurde der Verfasserkreis des Briefes noch einmal neu definiert. Zu den bereits genannten Autoren kommen nun Dorothea Hoeck und Jörg Thieme hinzu. Joachim Goertz wurde wieder gestrichen. Nach dieser Fassung hatte im Februar nicht ein Dozent des Oberseminars den Brief an die Kirchenleitung überbracht, sondern Propst Bronisch.³⁴

Anfang Juli 1981 entdeckte IM „Helmut Albrecht“ schließlich Pläne von Christian Sachse für die Ausschreibung eines Friedensstipendiums. Er habe nicht an den Wahlen teilgenommen.

In einem Sachstandsbericht zum OV „Seminarist“ vom 10. Juli 1981 schließlich wird rückwirkend mitgeteilt, dass auf der Sitzung des Kuratoriums des KOS am 1. April die anwesenden Vertreter der anderen Landeskirchen ihr Interesse bekundet hätten, den Inhalt des Briefes zu erfahren. Dazu sollte die Konferenz der Kirchenleitungen ein Verfahren der Verteilung beschließen. Wenn der Bericht Bischof Werner Krusche richtig wiedergibt, dann hatte er Klaers Gespräche mit dem Rat des Bezirkes als eigenmächtig kritisiert. Klaer hätte die Staatsvertreter auf die regulären Ansprechpartner verweisen müssen. IM „Helmut Albrecht“ erhielt den Auftrag, sich nun verstärkt dem OV „Boycott“ zuzuwenden. Hanert und Sachse wurden nach ihrem Wegzug aus dem OV „Seminarist“ gelöscht. Ihre Akten wurden an die neuen Wohnorte überstellt.³⁵ Der OV „Seminarist“ wurde im September 1983 archiviert.

Für Christian Sachse ist aus den Akten nachzuvollziehen: Selbst im Jahr 1989 wurde noch die Beteiligung an dem Brief in den Berichten des MfS wiederholt und zum Beleg der staatsfeindlichen Haltung angeführt. Im Kreis Torgau folgten erneute Überwachungen des Telefons und der Post, der Einsatz von IM und schließlich ein neuer Operativer Vorgang. Den anderen Beteiligten wird es nicht viel anders gegangen sein.

³³ IM „Helmut Albrecht“: Information zum Offenen Brief vom 6. März 1981.

³⁴ BV Halle des MfS, Abt. XX: Operative Information [...] im Zusammenhang mit dem OV „Seminarist“ vom 20. Mai 1981.

³⁵ KD Naumburg: Sachstandsbericht zum OV „Seminarist“ vom 10. Juli 1981.